

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 7 vom 21. August 2025, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Lanz Peter Aegerter, Martin Allemann, Sandro Badertscher, Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Reto Beutler, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Anja Dolder-Gerhardy, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Thomas Hiltbold, Manon Jaccard, Alice Kropf, Iris Lauper, Manfred Locher, Michelle Marbach, Michael McGarty, Vanessa Meier, Lara Müller, Marianna Oesch Bartlome, Noëmi Porfido, Alex Reymondin, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Malenka Schmutz, Franz Schori, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Matthias Zellweger, Angelika Zimmermann
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmännli, Gemeinderat Reto Schertenleib
Sekretariat	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller Protokollantin Tanja Aebersold
Entschuldigt	Stadtrat Christoph Lauener, Stadträtin Nina Siegenthaler, Stadtratssekretär Christoph Stalder
Schluss der Sitzung	18:10 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Stadtratssitzung. Er weist darauf hin, dass die Traktandenliste aktualisiert worden ist. Die Behandlung der Interpellation 07/2025 wurde auf Wunsch des Urhebers und heute abwesenden Stadtrats Christoph Lauener auf die nächste Sitzung verschoben. Neu ist das Traktandum Nr. 3 (Sachkommissionen Bau und Liegenschaften, Bildung Sport Kultur, Sicherheit und Soziales sowie Finanzen Ressourcen Umwelt, Wechsel von Mitgliedern der SVP-Fraktion in einzelnen Sachkommissionen).

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

83. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. Juli 2025

Marc Fritschi (Parteilos) gibt eine persönliche Erklärung ab. Er hat an der letzten Stadtratssitzung beantragt, einen kontroversen Begriff nicht zu verwenden, der zur Belästigung von Frauen und Kindern führen könnte. Der Vorsitzende hat ihm das Wort entzogen, sich jedoch letzte Woche bei ihm entschuldigt. Am Tag danach ist er per E-Mail an diverse Adressaten auf den Vorfall zurückgekommen. Er hat angedroht, Stadträten das Wort zu entziehen, wenn sie nicht einen «respektvollen Umgang» pflegten. Im Kontext heisst das, dass sein Antrag respektlos gewesen sei. Die Drohung mit Zensur von Voten, die nicht dem Weltbild des Stadtratspräsidenten entsprechen, richtet sich gegen alle Stadträtinnen und Stadträte. Der Stadtratspräsident soll sich überlegen, ob er auf dem richtigen Platz sitzt.

Stadtratsbeschluss

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

84. Sitzungskalender 2026

Genehmigung

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, wünscht sich an allfälligen Doppelsitzungen im Juni und Dezember lieber am Donnerstag eine Doppelsitzung, dafür keine Sitzung am Freitag. Dies führt sonst zu einer Doppelbelastung, wenn dies kurzfristig einberufen wird.

Peter Aegerter (**SVP**) teilt mit, dass dies bereits jetzt im Kalender ersichtlich und somit nicht kurzfristig ist.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Sitzungskalender 2026 wird genehmigt.

85. Sachkommissionen Bau und Liegenschaften, Bildung Sport Kultur, Sicherheit und Soziales sowie Finanzen Ressourcen Umwelt

Wechsel von Mitgliedern der SVP-Fraktion in einzelnen Sachkommissionen

Der Rat genehmigt stillschweigenden folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstaben b Stadtverfassung, beschliesst:

SAKO B + L / SAKO BISK

Philipp Deriaz wechselt per sofort von der SAKO B+L zur SAKO BISK.

Alex Reymondin wechselt per sofort von der SAKO BISK zur SAKO B+L.

SAKO Si + So / SAKO FIRU

Leo Schlatter wechselt per sofort von der SAKO Si+So zur SAKO FIRU.

Matthias Berger wechselt per sofort von der Sako FIRU zu SAKO Si+So.

86. Betriebs- und Gestaltungskonzept Wohnquartiere Fokusgebiet in den Wohnquartieren Dürrenast-Neufeld

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 550'000 Franken für die Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzeptes

Bericht des Gemeinderates Nr. 17/2025

Der **Stadtpräsident** führt aus, dass sich die Bedürfnisse im Strassenraum verändert haben. Das Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK) soll allgemeingültige Grundsätze festhalten. Man muss es nicht machen. Der Gemeinderat denkt, dass dies in Zukunft helfen kann, da man viele Einzelprobleme lösen muss. Die Alternative ist, dass man einzelne BGK machen muss. Bevor etwas umgesetzt wird, muss man es planen. Die Verfahrensdauern könnten bei Einzelfällen länger werden, wenn es keine gesamtheitlichen Antworten gibt. Die Idee beruht auf einer konstruktiven Idee der Leiste.

Markus van Wijk, **SAKO P+StE**, findet die untersuchten Eckwerte vielfältig. Die Partizipation soll einen grossen Stellenwert haben. Die Einflussnahme des Stadtrates nach der Genehmigung des Kredits ist klein. Der Gemeinderat wird das finale Konzept beschliessen. Auch Menschen mit Beeinträchtigungen sollen in den Prozess miteinbezogen werden. Der Begriff BGK wurde zu einem Modebegriff. Es soll drei BGK für alle Quartiere in Thun geben. Die nachfolgenden BGK sollen kostengünstiger werden. Die Grundsätze sollen geklärt werden. Die Idee des BGK liess die SAKO nicht enthusiastisch werden. Es wurde jedoch als zweckdienlich betrachtet. Die SAKO hat dem Verpflichtungskredit mit 4 ja und 2 Enthaltungen bei 2 Abwesenheiten zugestimmt.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, erachtet die festgelegten Ziele als schwammig und viel zu allgemein formuliert. Es ist nicht notwendig, flächendeckend so ein finales Konzept zu erarbeiten. Er befürchtet, dass Strassen als Vorgärten und nicht ihrem Ursprungszweck entsprechend betrachtet werden. Die Fraktion lehnt den Kredit einstimmig ab.

Anja Dolder-Gerhardy, **Fraktion Grüne**, unterstützt das Vorhaben grundsätzlich. Aber dieses BGK hat keine grosse Begeisterung ausgelöst. Es ist wieder nur Planung. Wir haben ein Umsetzungsdefizit. Die Strassen genügen einer Vielzahl wichtiger Kriterien nicht mehr wie Sicherheit, Stadtklima und vielseitige und inklusive Nutzung. Ein pragmatisches und ergebnisoffenes Vorgehen ist notwendig. Der Bericht spricht von befristeten Testings. Diese sollen auch in unbefristeter Form ausgestaltet werden. Der Fokus soll auf rasch umsetzbare Massnahmen gesetzt werden. Es bestehen bereits demokratisch breit abgestützte übergeordnete Planungen. Die SAKO soll bei Annahme des Kredits regelmässig informiert werden. Die Fraktion stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Ansicht, dass das Betriebs- und Gestaltungskonzept Klarheit und Orientierung bietet. Verbindliche Vorgaben erleichtern Bauvorhaben. Bei guter Umsetzung steigt die Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Quartieren. Auch die Sicherheit kann steigen durch Beleuchtung, Verkehrsführung oder Begegnungszonen. Die breite Partizipation ist wichtig. Diese fehlt bis jetzt beim BGK Innenstadt. Die Gefahr ist, dass Betriebs- und Gestaltungskonzepte Papiertiger bleiben. Es muss in der Kommunikation, Partizipation und Umsetzung vorwärts gehen. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu, behält sich aber vor, künftige BGK abzulehnen, wenn bei den bisherigen BGK keine Ergebnisse sichtbar sind.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, teilt mit, dass die Fraktion dem Verpflichtungskredit zustimmt. Sobald man etwas regelmässig behandelt, so macht es Sinn, ein übergeordnetes Konzept zu haben. Es soll eine grobe Auslegeordnung gemacht werden. In der Umsetzung muss etwas sichtbar werden. Die Partizipation ist gut aufgegleist. Es fehlt noch die Abholung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Ein regelmässiges Update der SAKO reicht ihm für die Einflussnahme.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist nicht sehr begeistert. Die Kosten und auch der Nutzen werden als kritisch eingestuft. Bis heute wurde noch kein BGK umgesetzt. Ihm fehlt der Glaube des Multiplikationseffekts. Nicht zwingende Konzepte sollten Inhouse erarbeitet werden. Notwendiges hat Vorrang vor Nice-to-have-Geschichten. Die Fraktion wird nicht einheitlich abstimmen.

Matthias Zellweger (Parteilos) findet das Thema unausweichlich. Die Frage ist, wie fest Strategie und Operatives vermischt werden sollen. Im öffentlichen Raum gibt es viele Interessen, die aufeinandertreffen. Die Frage ist, wie die Verwaltung eine präzise Analyse durchführen kann. Die Partizipation ist richtig. Es braucht aber mehr. Es ist unbestritten, dass lokal eine Lösung gefunden werden muss. Die Mechanismen und Werte müssen aber übergeordnet definiert werden. Es sollen keine Einzelinteressen abgedeckt werden.

Der Stadtpräsident hat schon Vorlagen erlebt, wo die Begeisterung etwas grösser war. Zuerst nimmt er Stellung zur Einflussmöglichkeit des Stadtrates. Dort wo es kostet, wird der Stadtrat entscheiden. Es wurde ausgeführt, dass das Geschäft schwammig formuliert sei. Der Grund dafür ist, dass man den Prozess partizipativ gestalten will. Zudem wurde ausgeführt, dass Strassen sich auf ihren Ursprungszweck als Strassen beziehen sollen. Dies ist jedoch nicht bei allen Strassen so. Es geht hier um Quartiere, nicht generell um alle Strassen. Es soll eine Kategorisierung gemacht werden. Einige Strassen eignen sich für gewisse Konzepte nicht. Weiter zur Geschwindigkeit. Dem Gemeinderat geht es häufig auch zu wenig schnell. Ohne Planung kann nichts umgesetzt werden. Eine Umsetzung ist nicht möglich, da wir noch nicht wissen, was die Quartierbevölkerung will. Bewilligungsfreie Umgestaltungen können schnell umgesetzt werden mit einem übergeordneten Konzept. Auch für Baugesuche ist es hilfreich, wenn man übergeordnete Planungen hat. Das Realisierungstempo könnte mit dieser Grundlage steigen. Beim BGK Innenstadt haben sich über 800 Menschen partizipativ beteiligt. Die Verabschiedung erfolgte noch nicht, weil es mit den Verkehrsmanagementvorschlägen abgestimmt werden muss. Es ist richtig, dass hier die Kommunikation hätte besser ablaufen können. Betreffend das vorliegende BGK kann er zusichern, dass beeinträchtigte Menschen intensiv in die Planung miteinbezogen werden.

Der Rat genehmigt mit 21 : 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 25. Juni 2025, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 550'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1412.5290.037 (Bilanzkonto 14290.10.01) für die Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzeptes Wohnquartiere, Fokusgebiet in den Wohnquartieren Dürrenast-Neufeld.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

87. Interpellation I 11/2025 betreffend Engagement Vorsteherin Bildung Sport Kultur für die laufende Volksinitiative für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe

Fraktion SVP, Mark van Wijk (FDP) vom 8. Mai 2025; Beantwortung

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist mit der Beantwortung teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Der Stadtpräsident führt aus, dass es Regeln zum Kollegialitätsprinzip gibt. Der Gemeinderat ist eine Kollegialbehörde. Wenn ein Beschluss gefasst wird, muss jedes Mitglied diesen loyal gegen aussen vertreten. Im Vorfeld von Beschlüssen dürfen die Mitglieder ihre Haltung nicht gegen aussen kundtun, damit man merkt, wie sie abgestimmt haben. Ihm ist kein Fall bekannt, in welchem ein Mitglied gegen diese Regeln verstossen hat. Auch hier hat die Vorsteherin BiSK nicht gegen diese Regeln verstossen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, erachtet die Antwort technisch gesehen als richtig. Trotzdem fand er die Aktionen der Gemeinderätin auf den Social-Media-Kanälen befremdlich. Es ist nun klar, wie die Haltung der Vorsteherin BiSK zu dieser Thematik ist. Er befürchtet, dass andere extreme Ideen bei der Gemeinderätin Ali-Oesch vorhanden sind. Dieser Umstand muss im Rahmen der Bearbeitung der Thuner Bildungsstrategie gewürdigt und berücksichtigt werden. Die Fraktion erwartet, dass die Erarbeitung unvoreingenommen und resultatoffen erfolgt.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, fragt sich, was der Vorstoss bezweckt. Sollen politische Gegner mundtot gemacht werden? Man hat hier in Thun immer mit Respekt und Fairness politisiert, ohne dass auf Personen gespielt wurde. Der Antwort kann man entnehmen, dass die Gemeinderätin gegen keine Regeln verstossen hat und der Stadt Thun nicht geschadet hat. Sie hat ihre politischen Rechte wahrgenommen. Wer ihr das nicht gewähren will, hat ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie. Ihn beunruhigt die politische Kultur, die man im Stadtrat mit solchen Vorstössen schafft.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, teilt mit, dass er die Posts nicht gesehen hatte. Nun haben diese Aktivitäten Aufmerksamkeit aufgrund dieses Geschäfts. Er weiss nun, dass die Bildungsvorsteherin politisch aktiv ist. Die Initiative ist gescheitert. Dann hätte man bei dieser Interpellation einfach die Antwort entgegennehmen können. Er weiss nicht, worüber der Stadtrat nun spricht. Katharina Ali-Oesch ist Gemeinderätin und Grossrätin. Sie ist Berufspolitikerin. Sie muss sichtbar sein und ihre Werte müssen erkennbar sein. Daraus kann man ihr keinen Vorwurf machen. Es hat nichts mit dem Kollegialitätsprinzip zu tun. Zum Schluss hat er noch eine persönliche Wortmeldung. Gerade die Personen, die sich hier so derart dünnhäutig zeigen, haben sich vor nicht vielen Monaten in einer Wahlkampagne engagiert. Man war sich nicht zu schade, dass fraglos ein Gemeinderat aus ihren Reihen in einem Inserat aufgetreten ist. Die gleichen Leute haben ein anonymes Inserat zu verantworten, das grenzwertig gewesen ist. Er hat grösste Mühe, dass nicht mit gleichen Ellen gemessen wird. Er hat diesbezüglich eine Fragestunde

eingereicht. Man soll selbst kritisch überlegen, bevor man andere Leute fragt, ob sie hier am richtigen Ort sind. Dies soll man sich selbst auch fragen. Er macht es auch.

88. Fragestunde F 23/2025 betreffend Steuergeld Stadt Thun für drei Fussballspiele der UEFA Women's Euro

Marc Fritschi (Parteilos) vom 18. August 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

89 Fragestunde F 24/2025 betreffend Schutz vor Amokläufen in den Schulen

Mark van Wijk (FDP) vom 18. August 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

90. Fragestunde F 25/2025 betreffend Wiederverwendung des Naturrasens nach der WEURO 2025

Iris Lauper (GRÜNE Stadt Thun) vom 10. August 2025; Beantwortet

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

91. Fragestunde F 26/2025 betreffend Nachbearbeitung WEURO 2025

Fraktion SVP vom 18. August 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

Eingänge

- Postulat P 14/2025 betreffend Budget 2027 an der Septembersitzung 2026; Valentin Borter (SVP), Mark van Wijk (FDP), Fraktion SVP vom 21. August 2025
- Postulat P 15/2025 betreffend Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser...; Fraktion SVP vom 21. August 2025
- Postulat P 16/2025 betreffend Prüfung von Handlungsbedarf bezüglich Umgestaltung bzw. Optimierung der politischen Governance in der Stadt Thun; Mark van Wijk (FDP), Valentin Borter (SVP), Fraktion FDP/Die Mitte vom 21. August 2025
- Postulat P 17/2025 betreffend Kühlen von Schulräumen in Thun; Fraktion GLP/EVP/EDU, Fraktion FDP/Die Mitte vom 21. August 2025
- Interpellation I 17/2025 betreffend Generationentandem: FCK SVP (Fuck SVP); Fraktion SVP vom 21. August 2025
- Interpellation I 18/2025 betreffend Schutz vor PFAS; Mark van Wijk, Fraktion FDP/Die Mitte vom 21. August 2025
- Interpellation I 19/2025 betreffend Vereinfachung der Prozesse bezüglich Umsetzung Baureglement in der Stadt Thun; Mark van Wijk (FDP), Valentin Borter (SVP), Fraktion FDP/Die Mitte vom 21. August 2025
- Interpellation I 20/2025 betreffend Beteiligung der Stadt Thun an der Flughafen Bern AG; Fraktion Grüne vom 21. August 2015

Der Stadtratspräsident



Thomas Lanz

Der Stadtschreiber



Bruno Huwyler